Wüste Hetze gegen Kommunismus und UdSSR

Organisiert die Massen des Proletariats in der Antifaschistischen Aktion zur Gegenwehr

K. F. Durch die allgemeine Verschärfung der Krise im kapitalistischen System wachsen die inneren Klassengegensätze von Tag zu Tag. Die internationale Bourgeoisie versucht in den letzten Tagen der Arbeiterschaft glaubhaft zu machen, daß der Tiefstand der Krise erreicht sei und daß alle Hoffnung auf eine Verbesserung der Wirtschaftslage vorhanden sei.

Der „Vorwärts" vom 11. August schreibt, daß es zu wünschen ist, daß die im Augenblick durchaus berechtigte Erwartung auf eine Besserung der Weltkonjunktur sich auch auf die Dauer erfüllt. Es gibt keine Krise, die bis ins Unendliche dauern kann". Die innerpolitischen Maßnahmen in Deutschland, die von der Trustbourgeoisie durchgeführt werden, lassen gerade auf das Gegenteil schließen. Unser Feind — die Bourgeoisie mit allen ihren Lakaien — stellt den kapitalistischen Ausweg durch gewaltsame Niederschlagung der revolutionären Bewegung des Proletariats und der Bauernschaft auf die Tagesordnung. Die Papen-Schleicher-Regierung in Deutschland soll das, was unter der Brüning-Regierung nicht möglich war, nunmehr brutal und rücksichtslos durchführen. **Dies wird der Bourgeoisie nur gelingen, wenn sie die revolutionären Arbeiter-Organisationen und in erster Linie die Kommunistische Partei, mundtot macht.** Ein Presseverbot jagt das andere. Im Rheinland und Westfalen sind sämtliche kommunistische Tageszeitungen verboten. In Sachsen wurden bereits alle kommunistischen Tageszeitungen verboten seit der Regierung Papen. **Eine Notverordnung nach der anderen schränkt die legale Aktionsfähigkeit des revolutionären Proletariats ein.** Die Nazi-Presse und die reaktionäre Presse überhaupt fordern schärfste Maßnahmen gegen die Kommunistische Partei. Die internationale Bourgeoisie versucht durch Zerschlagen der revolutionären Arbeiterorganisationen sich den Weg frei zu machen zur Ueberwindung der Krise durch eine stärkere Ausbeutung der Arbeiterschaft.

Immer stärker beruft sich die deutsche reaktionäre Presse auf Mussolini, obwohl die NSDAP im gegenwärtigen Stadium noch glaubhaft machen will, daß Nationalsozialismus und Faschismus zweierlei sei.

Der Vorstoß der internationalen Bourgeoisie

Die Aktionen gegen das revolutionäre Proletariat werden im internationalen Maßstab geführt.

Auf einer **Tagung der Internationalen parlamentarischen Handelskonferenz in Okende** wurde eine besondere Kommission für Kolonialfragen angegliedert. Die Kommission erklärte sich einverstanden mit dem Bericht eines holländischen Imperialisten, der folgendes besagt: Bei enger Zusammenarbeit der interessierten Kolonialmächte könne man

„der stets größer werdenden Schwierigkeiten, die sich für die Kolonialregierungen in Asien als Folge des Erwachens des Fernen Ostens ergäben, Herr werden".

„Die brennendste Frage stelle die kommunistische Gefahr dar, die sich wie ein Oelfleck über ganz Asien ausbreite. Die Kolonialregierungen müßten sich zusammentun und eine Art „Central Intelligence Departement" bilden."

Ein ganzes Programm! Kampf gegen den Kommunismus an der asiatischen Front bedeutet gleichzeitig Kampf gegen die Sowjetunion. **Die internationale Bourgeoisie versucht nach dem Beispiel Ungarns, nach dem Beispiel der Balkanstaaten die Offensive gegen den Kommunismus zu eröffnen.**

Die deutschen Einpeitscher

Die „Deutsche Zeitung" fordert in einem Leitartikel Schlagt den Feind im eigenen Land! — Fort mit der KPD". Sie schreibt:

„Die Auflösung der Kommunistischen Partei Deutschlands mit allen ihren Organisationen für das gesamte Reichsgebiet, die Entziehung und Ungültigkeitserklärung aller kommunistischen Reichstags- und Landtagsmandate in allen Ländern ist das Gebot der Stunde. **Das Beispiel einer Reihe europäischer und außereuropäischer Staaten beweist, daß ein Verbot der Kommunistischen Partei vollkommen im Bereich der Möglichkeit liegt und durchführbar ist.** Fast in allen an Rußlands grenzenden Staaten sind die kommunistischen Parteien bereits seit Jahren verboten. **In Japan und Ungarn wird jede Betätigung im kommunistischen Sinne mit dem Tode bestraft,** in Finnland und Italien mit langjährigen Zuchthausstrafen geahndet. Diese Maßnahmen sind gerechtfertigt. Einmal durch die trüben Erfahrungen, die die genannten Staaten mit der zersetzenden Tätigkeit ihrer kommunistischen Parteien gemacht haben, ferner durch die Tatsache, daß jede kommunistische Partei, gleichgültig in welchem Lande, nichts weiter ist, als eine Sektion der Kommunistischen Internationale (gekürzt Komintern), die ihren Sitz in Moskau hat."

Die Linie ist klar. Hier gilt es, die Massen zu mobilisieren.

„Die 20-Millionen-Subvention für die KPD"

Im Rahmen der internationalen Offensive gegen die Komintern lag auch die Veröffentlichung eines Geheimdokuments durch das Zentralorgan der Zentrumspartei, „Germania", am 5. August.

Ein Schreiben des EKKI an das Moskauer Politbüro (konzentrierter Blödsinn (K. F.) beschäftigt sich mit dem Anwachsen des Faschismus, tat zur Aenderung der Taktik im Kampf gegen den Faschismus und schlägt eine Subvention von 20 Millionen Mark für die KPD vor. Nach Mitteilung der „Germania" ist der größte Teil des Geldes bereits an die deutsche Partei überwiesen. Hetze, nichts als Hetze von allen Teilen der Bourgeoisie.

Verstärkte Hetze der Nazis gegen die Sowjetunion

Im verstärkten Maße wird in diesen Tagen die Hetze gegen die Sowjetunion geführt. Der „Angriff", das Organ der Berliner Nationalsozialisten, kriecht vor der Entente auf dem Bauch und verlangt Zerreißung des Rapallo-Vertrages. Unter der Ueberschrift:

„Fingerzeige für wirklich erfolgreiche Polizeimaßnahmen", schreibt der „Angriff" eine ganze Seite, in der sich die Goebbels-Redaktion auf eine grausige Suche nach den „Organisatoren und Drahtziehern der roten Aufstände" begibt. Da werden proletarische Künstler denunziert, da wimmelt es ganz im Stile des seligen Wallace von Spitzeln und Agenten, die in der Linden- und Geisbergstraße als „fliegende Obsthändler, Zigarettenstände (!), Handwerker und Bettler den Sicherheitsdienst versehen".

Kurz und gut, die Nazis sind über die Erfolglosigkeit der Reichspolizeiaktion vom vergangenen Freitag sehr unglücklich. Sie fordern, daß die Polizei die Exterritorialität der Sowjetbotschaft Unter den Linden und der Sowjet-Handelsvertretung in der Lindenstraße brechen soll.

„Wir behaupten, daß sich hier die Schlupfwinkel für die Unterbringung des großen Materials befinden. Solange man diese beiden Häuser unangetastet läßt, wird man wohl niemals das Material in die Hände bekommen, das restlose Klarheit schafft und greifbare Handhabe bietet."

Wir brauchen nicht zu sagen, was es bedeuten würde, wenn die Polizei den Wunsch des Münchener Goebbels folgen würde. Es wäre ein offener Bruch des Rapallo-Vertrages, es hieße zum Abbruch der Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion treiben. Aber eben das wollen ja die Nazis.

Die kriechen auf dem Bauch vor den räuberischen Entente-Mächten, die Deutschland versklaven und ihm unerträgliche Tribute auferlegen. Aber sie wollen Krieg gegen das Land, das als einziges der ganzen Welt gegen den Versailler Raubvertrag protestierte. Sie wollen Krieg gegen dieses Reich, weil es von Arbeitern und Bauern regiert wird.

Im „Angriff" vom 16. August wird weiter Stellung genommen gegen die kommunistische Presse und in erster Linie gegen die kommunistischen Dorf- und Hauserblockzeitungen.

Um die Quellen der „Hetzblätter" festzustellen, mußte die Polizei sich „der Mitarbeit der antibolschewistischen Bevölkerung versichern" und durch Plakate bekanntgeben:

„1. Wo ist die Hauszeitung verteilt worden? — Genaue Zeitangabe — Genaue Adressenangabe.

2. Durch wen ist die Hauszeitschrift verteilt worden? — Wer hat Leute beobachtet, die diese Straßenzeitung im Hausflur deponiert haben?

3. Steckbrief der kommunistischen Verteiler, die sich in fast allen Fällen aus Bewohnern der Gegend rekrutieren, da man Ortskenntnis für diese Arbeit voraussetzen muß!"

Die Goebbels-Leute fühlen sich schon als Polizeiorgane und tun alles, um die Polizei einzustellen auf die Aktion gegen die Kommunisten. Das ist auch weiter nicht verwunderlich. Der „Abend", die Berliner Abendzeitung der SPD, teilt u. a. mit, daß die Nazisregierung in Mecklenburg-Schwerin den staatlichen Polizeibeamten das Tragen politischer Abzeichen erlaubt hat. So wird werden also in die Zukunft nicht nur hakenkreuzgeschmückte SA-Leute, sondern auch hakenkreuzgeschmückte Polizeibeamte Jagd auf revolutionäre Arbeiter machen.

Sozialfaschistische Bürokratie in vorderster Front

Die schamlose Verbotshetze seitens der Konterrevolution wird aufs tatkräftigste unterstützt durch die SPD. Der Vorwärts schreibt, daß die Partei einen gegen Moskau zu getroffenen hat, schreibt im „Freien Wort" Nr. 31 ein Fritz Baer, Berlin:

„Weder hat, wie wir fürchten mußten, ein Teil der kommunistischen Wähler die Konsequenz aus dem bisherigen Gebahren durch Uebergang zum Faschismus gezogen, noch ist, wie wir gehofft haben, ein Teil der kommunistischen Arbeiterschaft zu Ueberlegung und Einsicht gereift. Die Kommunisten haben vielmehr

bei der Reichstagswahl einen beträchtlichen Stimmengewinn erzielt. Wir stehen vor der neuen Tatsache und müssen danach unsere bisherige Haltung gegenüber den Kommunisten erneut zur Diskussion stellen."

Dann geht eine tolle Hetze gegen die KPD los (Siehe den Artikel G. K. an anderer Stelle unserer Zeitung). Zum Schluß sagt dann der saubere Herr:

„Wir müssen endlich den unerträglichen Zustand überwinden, daß Deutschland das einzige Land der Welt ist, in dem eine Sektion der Komintern noch etwas zu bestellen hat."

Hier knüpft also der Sozialfaschist an dem an, was die Bourgeoisie bereits seit Wochen propagiert. Er will unsere Partei der Konterrevolution ausliefern, weil er sonst nicht damit rechnen kann. Er will aus dem Verbot der Kommunistischen Partei für seine Parteiorganisation den erforderlichen politischen Profit ziehen. Aehnlich stellt auch die deutsche Bourgeoisie die Frage. In der „Deutschen Zeitung" vom 12. August wird u. a. gesagt:

„Eine offene Kapitulierung der SPD, die im Falle eines Verbotes der KPD den in Gefängnis geratenen Bruder mit offenen Armen aufnehmen würde, wäre daher nur zu begrüßen."

Die Fronten sind geschlossen. Von den sozialfaschistischen Führern in der SPD bis zu den Führern der braunen Mordpest wird alles getan, um ein Verbot der Kommunistischen Partei zu beschleunigen.

SPD für Sondergerichte

Wie fanatisch und blindwütig die sozialfaschistische Bestie den Vernichtungskampf gegen die KPD unterstützt, geht ganz besonders aus ihrer Stellungnahme zu den Sondergerichten hervor. Obwohl es nur Proletarier sind, die von diesen Gerichten zu schweren Strafen verurteilt werden, obwohl neben kommunistischen und parteilosen Arbeitern viele SPD- und Reichsbannerarbeiter vor den Schranken dieser faschistischen Gerichte stehen, werden diese Gerichte von den sozialfaschistischen Führern begrüßt.

Am 11. August schrieb die sozialdemokratische „Volkswacht", Breslau:

„Endlich, nach langem Zögern, das in keiner Weise zu verantworten war, hat die Reichsregierung sich zu energischen Maßnahmen aufgerafft, um die unter ihrem Regime eingerissenen scheußlichen Zustände zu bekämpfen . . . Stellt euch überall unter den Schutz der Polizei. Ueberlaßt es ihr, gegen die Horden der SA und SS Gewalt anzuwenden . . . Die Regierung Papen muß durch eiserne Selbstdisziplin in unseren Reihen dazu gezwungen werden, daß sich die ganze Schärfe der neuen Strafbestimmungen gegen die richtet, für die sie da sind."

Welches ungeheure Verbrechen begehen die SPD- und Gewerkschaftsführer an der Arbeiterschaft, indem sie diese faschistischen Sondergerichte der Papen-Regierung den Arbeitern als gegen die SA gerichtete Einrichtungen hinstellen. Schrieb doch der „Volkische Beobachter" ebenfalls am 11. August:

„Endlich ein Anfang zur Vernichtung des roten Mordbandentums. Wir müssen nunmehr aber auch erwarten, daß die neuen Bestimmungen nicht nur auf dem Papier stehen, sondern mit voller Schärfe gegen die Kollkommandos und Banden der marxistischen Parteien angewendet werden. Wenn diese Lumpen endlich an die Wand gestellt werden, wird auch endlich wieder die Sicherheit der Straße hergestellt sein."

Die ersten Urteile der Sondergerichte zeigen auch dem letzten sozialdemokratischen Arbeiter, daß das zur Tatsache wird, was der „Völkische Beobachter" am 11. August verlangte.

Massenmobilisierung gegen Verbotsmaßnahmen

Aufgabe aller Antifaschisten ist es, gegen diese beabsichtigte Maßnahme der Trustbourgeoisie und ihrer Lakaien die stärkste Abwehrfront zu organisieren. Je stärker die Massenbewegung, um so schwerer wird es der Bourgeoisie werden, den entscheidenden Schlag zu führen. Um so leichter wird es aber auch der revolutionären Partei sein, ihre Aufgaben trotz irgendwelcher Verbotsmaßnahmen zu erfüllen.

Die Partei und die Arbeiterschaft muß stärker denn je den Ermahnungen der Kommunistischen Internationale Gehör schenken. **Bereits auf dem 2. Kongreß der KI wurde zur Frage der legalen und illegalen Arbeit ausgiebig Stellung genommen.** An einer Stelle einer Resolution des 2. Weltkongresses heißt es:

„Für alle Länder, sogar die freiesten, „legalsten" und „friedlichsten" im Sinne der geringsten Schärfe des Klassenkampfes ist die Periode völlig herangereift, wo es für eine jede Kommunistische Partei unbedingt erforderlich ist, die legale mit der illegalen Arbeit, die legale und illegale Organisation systematisch zu vereinigen. Denn auch in den aufgeklärtesten und freiesten Ländern mit „handestreuer" bürgerlich-demokratischer Ordnung greifen die Regierungen bereits systematisch, entgegen ihren lügnerischen und heuchlerischen Erklärungen, zur Fälschung geheimer Listen der Kommunisten, zu endlosen Verletzungen ihrer eigenen Verfassung, zur halbgeheimen und geheimen Unterstützung der Weißgardisten und Ermordung der Kommunisten in allen Ländern, zu geheimen Vorbereitungen von Verhaftungen der Kommunisten, zur Einschmuggelung von Provokateuren in die Reihen der Kommunisten usw. Nur das reaktionärste Spießbürgertum, mit welchen schönen „demokratischen" und pazifistischen Phrasen es sich auch bemänteln mag, kann diese Tatsache oder die notwendige Folge daraus ableugnen: unerläßliche Bildung illegaler Organisationen durch alle kommunistischen Parteien zwecks systematischer illegaler Arbeit und volle Vorbereitung auf den Augenblick, da die bürgerlichen Verfolgungen in Erscheinung treten."

Unter Führung der Partei muß bei der gesamten Arbeiterschaft Klarheit darüber geschaffen werden, daß trotz oder besser gesagt, gerade wegen der Schwierigkeiten, die sich der Bourgeoisie in den Weg stellen, die Bourgeoisie versuchen wird, ihre Terrormaßnahmen durchzuführen. Wenn Hitler auch nicht Reichskanzler geworden ist, so wird jedoch seine Politik von dem Kabinett Papen-Schleicher durchgeführt werden.

Stärkste Massenmobilisation unter gleichzeitiger Schaffung einer theoretischen Klarheit über die Aufgaben des revolutionären Proletariats in der gegenwärtigen Situation ist das Gebot der Stunde. Wir müssen die **Erfahrungen der bolschewistischen Partei in Rußland** ausnutzen. Die wesentlichsten Erfahrungen sind folgende:

1. Die Lebensfähigkeit der Organisation für die Illegalität noch in der Periode der Legalität zu sichern.

2. Hartnäckig um jede legale Position zu kämpfen und die Massen für ihre Verteidigung mobilisieren.

3. Die legale Arbeit mit der illegalen richtig zu verbinden. Bei rechtzeitigem und sorgfältigem Ausbau des illegalen Apparates die offene Massenarbeit und den Massenkampf in den gesetzlichen Formen unter den verschiedensten Decknamen weiterzuführen.

4. Den opportunistischen Legalismus, der die revolutionären Prinzipien aus Anpassungsgründen preisgibt und das ebenso gefährliche Sektierertum, das die Partei von der Masse trennt, immer rechtzeitig zu bekämpfen.

5. Jede sich bietende günstige Situation zu benutzen, um aus der tiefsten Illegalität die legalen Schranken zu durchbrechen und die offenen Positionen für die Arbeiter zurückzuerobern.

6. Die Partei muß immun gemacht werden gegen Spitzel und Provokateure. Den Beschluß des Zentralkomitees gegen den individuellen Terror gilt es stärkstens zu popularisieren, um zu erreichen, daß es der Bourgeoisie nicht gelingt, uns abzuhängen von den Massenbewegungen und auf ein Gebiet zu drängen, wo es dem weißen Garden und dem legalen Staatsapparat gelingt, uns mundtot zu machen.

Schaffen wir in der Antifaschistischen Aktion in allen Betrieben die Voraussetzungen für revolutionäre Massenarbeit, Organisierung des proletarischen Massenselbstschutzes, Herstellung einer breiten Kampffront gegen die Lohnabbau-Offensive der Trustbourgeoisie, das heißt gleichzeitig die Voraussetzungen schaffen, daß die revolutionäre Massenkraft des Proletariats trotz irgendwelcher Verbotsmaßnahmen nicht geschwächt wird.

Ein Feind — Ein Kampf — Eine Front!